



# Interviews

22.11.2023

Sarah Zerback im Gespräch mit Lamyia Kaddor, Islamwissenschaftlerin und innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

**Zerback:** Eine Deutsche Islamkonferenz in dieser, ja, doch aufgeheizten Zeit, in der auch in Deutschland viele darum ringen, wie sie sich zum Krieg im Nahen Osten positionieren. Wo es um klare Kante geht, aber auch um Empathie füreinander, darum Antisemitismus klar zu verurteilen und antimuslimische Ressentiments auch. Das klingt nach einer Chance und einer Herausforderung gleichzeitig, da muslimische und jüdische Vertreter zusammen in den Diskurs zu bringen mit Repräsentanten der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Seit gestern und auch heute noch tagt die Deutsche Islamkonferenz auf Einladung der Bundesinnenministerin. Die großen muslimischen Verbände sind allerdings nicht dabei, nicht eingeladen. Lamyia Kaddor schon. Sie ist innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Islamwissenschaftlerin ist sie auch. Schönen guten Morgen, Frau Kaddor.

**Kaddor:** Guten Morgen, grüße Sie.

**Zerback:** Der Zentralrat der Muslime und auch die anderen großen muslimischen Verbände, auch die Kurdische Gemeinde in Deutschland, die wurden ja zum Beispiel nicht eingeladen. Fehlen die jetzt mit am Tisch?

**Kaddor:** In gewisser Weise ja. Also, sie fehlen deshalb, weil wir natürlich auch ernsthafte Gespräche mit ihnen führen müssen und wollen, einerseits. Andererseits wurden die Gespräche auch schon im Vorfeld geführt in der Vergangenheit nach dem 07. Oktober. Insofern fehlen sie einerseits und andererseits dann wiederum kennt man ja ihre Position.

**Zerback:** Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat das sozusagen diskret im Vorfeld gemacht. War da die Angst zu groß, wie eine solche Debatte dann öffentlich verlaufen könnte?

**Kaddor:** Ich glaube nicht, dass es unbedingt eine Frage der Angst ist. Tatsächlich würde ich es so einschätzen, wir drehen uns seit ungefähr 40 Jahren um diese Frage: Mit wem will der

Staat eigentlich sprechen? Mit wem kann er, mit wem darf er sprechen? Welche Organisationen sind so verfasst oder inzwischen so gewachsen, dass sie Kriterien erfüllen, um beispielsweise islamische Religionsgemeinschaft nach Artikel 7 Abs. 3 zu werden? Insofern glaube ich, ist es nicht eine Frage der Angst, sondern vielmehr auch eine Frage ... und ich meine, das ist ja ein ernsthaftes Anliegen, ein ernsthafter Appell gewesen nach dem 07. Oktober, mit bestimmten muslimischen Verbänden, also erst einmal mit allen übrigen und dann mit bestimmten muslimischen Verbänden noch mal sehr genau ins Gespräch zu gehen. Wir reden ja hier nicht über eine Kleinigkeit, die sich gerade zuträgt.

**Zerback:** Meinen Sie damit also, dass quasi durch die neue Nachrichtenlage und die Stellungnahmen, zum Beispiel auch des Zentralrates der Muslime, wo vielen klar gefehlt hat, dass der Terror eben klar benannt und verurteilt wird, haben die sich damit jetzt in Ihren Augen ein Stück weit disqualifiziert bzw. in den Augen der Innenministerin, die sie ja nicht eingeladen hat? Ist das der Grund?

**Kaddor:** Ja, sicherlich auch. Also, beim Zentralrat der Muslime, wenn wir jetzt in die Einzelheiten gehen wollen, die waren ja zu einer Art Vorgespräch bereits schon nicht geladen, weil sie türkische Nationalisten letztlich mitvertreten, die ATİB, die durchaus problematisch zu bewerten ist. Also, die wurden von vornherein quasi nicht ... es gab keine Gespräche mit ihnen. Bei der DITIB ist es so, es gab Gespräche. Und es ist auch tatsächlich de facto ein DITIB-Referent jetzt mit auf der Konferenz, der aber eben nicht ... also nicht Reihe A oder Reihe 1, sondern wenn überhaupt dritte Reihe auf der Arbeitsebene dabei ist. Insofern, da gibt es Vorbehalte. Da gibt es auch aus meiner Sicht Punkte, die man wirklich bewegen muss. Also, was ist mit der Unabhängigkeit der DITIB? Was ist mit den 900 Imamen, die der türkischen Religionsbehörde Diyanet eigentlich unterstehen? Inwieweit hat die Diyanet da nicht doch Einfluss auf zum Beispiel Freitagspredigten? Und die Innenministerin hat ja gestern auch angekündigt, dass zukünftig keine Imame und Imaminnen – ich möchte das bewusst auch mal weiblich drehen, denn man hat so das Gefühl, als gebe es keine Frauen, die diesen Beruf ausüben würden oder könnten. Das ist mitnichten so. Der Islam ist nicht die Katholische Kirche. Es geht also im Islam. Es gibt also auch Imaminnen. Also, dass Imaminnen künftig nicht mehr aus dem Ausland kommen sollen, sondern hier ausgebildet werden sollen. Also, soweit ist man und das Bekenntnis hat sie gestern gemacht. Bemerkenswert, weil es wohl auch eine Kooperation zwischen der Bundesregierung oder dem Innenministerium und der DITIB geben soll, die Imame künftig in Deutschland auszubilden, zum Teil eben in der eigenen Imam-Ausbildung. Die DITIB macht so was schon, auch in deutscher Sprache zum Teil – und in Osnabrück geben soll. Und das ist natürlich schon dann tatsächlich mal ein Schrittchen, aber ein kleiner Schritt zumindest, ein Schrittchen weiter. Die großen Fragen – das muss ich noch sagen – die großen Fragen haben wir allerdings nicht bewegt.

**Zerback:** Bevor wir dazu kommen, das ist ja sicherlich auch, wenn Sie das Stichwort Imame und Imaminnen ansprechen, ein Ergebnis des Staatsbesuches des türkischen Präsidenten. Das war ja da auch Thema. Jetzt hat aber, um da noch mal Wasser in den Wein zu schütten, die Bundesinnenministerin gleichzeitig auch von den Islamverbänden einmal mehr ein klares Bekenntnis gegen Antisemitismus gefordert jetzt gestern in dem Rahmen. Das hat ja auch ziemlich viel Raum eingenommen. Und das impliziert ja, das ist bisher nicht geschehen. Sehen Sie das auch so?

**Kaddor:** Nein, das sehe ich nicht ganz so. Also, ehrlich gesagt, ich bin ja schon lange Teil dieser Debatte irgendwie. Und meine Erinnerung ist jedenfalls so gut, dass ich weiß, dass wir schon in der letzten Deutschen Islamkonferenz, also sprich die in der letzten Legislaturperiode, auch schon über Antisemitismus in muslimischen Milieus gesprochen haben. Das weiß ich deshalb so gut, weil ich im Rahmen dessen eine Studie vorgestellt habe. Das heißt, wir reden doch relativ viel darüber. Und auch im öffentlichen Diskurs, also immer, wenn wir über Antisemitismus reden, reden wir auch über den Antisemitismus in migrantischen Communitys, was aber trotzdem nicht bedeutet, dass wir nach dem 07. Oktober das hätten nicht ansprechen sollen. Das ist natürlich wichtig. Wir brauchen jeden und jede Einzelne. Und ich meine damit Verein, also organisierten Verein. Ich meine nicht jeden Bundesbürger. Die am liebsten auch, ehrlich gesagt, aber ich rede ja hier von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Und ehrlich gesagt, die Islamverbände haben ja auch diesen Anspruch, Akteur zu sein. Und dazu gehört eben auch, unsere Geschichte so weit zu kennen und sensibel dafür zu sein, dass wenn Menschen aufgrund ihres jüdischen Glaubens hier sich zunehmend nicht nur unwohl und unsicher fühlen, sondern wirklich Ängste haben, dass man geschlossen zusammensteht und sich dafür ausspricht, dass Terror Terror ist, und dass Menschen, die tausende Kilometer entfernt leben, keine Angst haben brauchen davor, dass das auf deutschen Straßen überhandnimmt. Und ich glaube, diese Positionierung – und ich betone, keine Distanzierung, Distanz setzt ja Nähe voraus, die will ich erst mal niemandem unterstellen, aber eine Positionierung erwarte ich dann doch von jedem gesellschaftlichen Akteur.

**Zerback:** Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, nimmt ja auch teil und der erwartet sogar und fordert noch ein bisschen mehr. Der sagt, dazu müssten islamische Organisationen Israels Existenz und Sicherheit bejahen und eben auch das Recht zur Selbstverteidigung, zumindest, wenn sie eben Partner des Staates sein wollen und anerkannter Teil der Zivilgesellschaft. Sie haben die türkische Religionsbehörde angesprochen, wo ja auch keine Distanzierung stattgefunden hat von den Predigten, wo zum Beispiel Israel als – Zitat – „rostiger Dolch im Herzen der muslimischen Welt“ bezeichnet wurde, so etwas. Ist es vorstellbar, dass da eine Distanzierung in dieser Klarheit, wie sie Volker Beck jetzt fordert, erfolgt?

**Kaddor:** Also, wir haben ja in der Vergangenheit auch bei diesem oder jenen Skandal der DITIB, der gerne als Einzeltat sozusagen oder als Einzelfall reklamiert worden ist, immer wieder Versuche gesehen der DITIB in Deutschland, sich im Grunde genommen von der Diyanet zu emanzipieren. Tatsächlich hat das aber nie wirklich stattgefunden, ehrlich gesagt. Und ich finde auch, diese Gespräche und dieser Versuch der Entkopplung, wenn man so will oder der Emanzipation als eigenständiger deutscher Verein ohne Abhängigkeit oder ohne ein direktes Verhältnis zur Religionsbehörde in Ankara zu haben, das geschieht im Moment jedenfalls nicht glaubhaft. Wenn man im Moment versucht, das mit der Imam-Ausbildung, die man in Deutschland stattfinden lässt und nur noch Imame und Imaminnen einstellt, die aus Deutschland kommen und die hier ausgebildet worden sind, dann ist das vielleicht ein erster Versuch. Das ist aber noch nicht eine totale Entkopplung, wenn man so will. Und diese Entkopplung fällt natürlich schwer. Sie dürfen nicht vergessen, aus der Logik der DITIB in Deutschland, sie betreiben weit über 900 Moscheen. Sie vertreten alleine – und das ist, glaube ich, auch wichtig zu wissen. Es ist zwar die größte islamische Organisation in Deutschland und vertritt vielleicht zehn bis 15 Prozent der Muslime in Deutschland. Also, so viele sind es nun auch wieder nicht. Denn zur Wahrheit gehört auch, die meisten Muslime sind gar nicht organisiert, sprich 80 Prozent etwa. Und insofern ist es natürlich schwierig für uns als Staat. Einerseits bedeutet das womöglich auf 900 Moscheegemeinden und auf die Kooperation mit 900 Moscheegemeinden zu verzichten. Andererseits, unter diesen Umständen, so, wie es sich jetzt in der Vergangenheit dargestellt hat, macht sie es uns aber auch unheimlich schwer, ehrlich gesagt, da einen guten Ton und ein gutes gemeinsames Miteinander zu finden. Unsere deutsche Staatsräson ist eben unsere deutsche Staatsräson. Und zu der sollte sich auch die DITIB deutlich bekennen.

**Zerback:** Sagt Lamyia Kaddor von den Grünen. Sie ist außerdem Islamwissenschaftlerin und innenpolitische Sprecherin. Vielen Dank, Frau Kaddor, für das Interview.

**Kaddor:** Sehr gerne, haben Sie einen guten Tag.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*